

Schnelle und direkte Hilfen notwendig

Der NGG-Hauptvorstand zur aktuellen politischen Lage und zum dritten Maßnahmenpaket der Bundesregierung

Hamburg, 13. September 2022

Am 24. Februar hat Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Der NGG-Hauptvorstand bekräftigt seine Solidarität mit den Menschen, mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine. Der Angriffskrieg Russlands mitten in Europa hat neben den schrecklichen Auswirkungen für die betroffenen Menschen auch ökonomische Folgen. Diese sind vor dem Hintergrund der weltweiten ökonomischen Verflechtungen räumlich nicht begrenzt, zumal die russische Regierung die Verknappung von Erdgaslieferungen gezielt als Werkzeug zur Verschärfung der Krise einsetzt.

Diese Kriegswirkungen treffen auf eine Situation, in der die Volkswirtschaften infolge der Pandemie bereits stark unter Druck waren: Kennzeichen dafür sind beispielsweise ausbleibende Zulieferungen von Vorprodukten, eine Verteuerung von (Agrar-)Rohstoffen und Lieferkettenprobleme beim internationalen Transport. Dies – und die Wiederanhebung der in der Pandemie abgesenkten Mehrwertsteuer - führte bereits vor dem Krieg zu einer, zunächst gedämpften, Inflation.

In dieser ökonomischen Krise und Zeiten großer sozialer und wirtschaftlicher Verunsicherung hat die Ampelkoalition ein drittes Maßnahmenpaket vorgelegt. Es beinhaltet wichtige Maßnahmen - diese sind zu begrüßen. Aber bei einem Paket kommt es auf die Gesamtwirkung an und hier sehen wir Licht und Schatten, denn an vielen Stellen bleibt die Bundesregierung zu unkonkret. Entlastungen werden von breiten Teilen der Bevölkerung sofort und nicht in ferner Zukunft gebraucht.

Maßnahmen zu unkonkret und in der Breite nicht wirksam genug

Es ist positiv, dass die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer Energiepreispauschale für Rentner*innen und Studierende endlich nachgeholt werden. Auch die konkreten Hilfen für Menschen mit niedrigem Einkommen durch Erhöhung von Kindergeld, Kinderzuschuss und Wohngeld mit Heizkostenzuschuss erkennen wir an. Das „Bürgergeld“ kommt zum 1.1.2023, das heißt aber auch, dass ausgerechnet für die einkommensärmsten Haushalte keine schnellen, spürbaren Hilfen in diesem Jahr vorgesehen sind.

Darüber hinaus werden in breiten Teilen der Bevölkerung Entlastungen schnell benötigt. Auch Menschen mit „Durchschnittseinkommen“ dürfen mit den steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen und der Sorge um ihren Arbeitsplatz nicht alleine gelassen werden:

Daher kritisieren wir, dass in dem dritten Paket keine (einkommensabhängige) zweite Energiepreispauschale vorgesehen ist. Eine Strompreisbremse wird lediglich in Aussicht gestellt, ein Gaspreisdeckel nicht mal erwogen. Deshalb fordern wir: Solange keine energiepreisdämpfenden bzw. -deckelnden Maßnahmen wirksam in Kraft sind, muss es eine zweite Energiepreispauschale als direkten Zuschuss an die Menschen geben. Denn wirtschaftliche Hilfen aufgrund der Preissteigerungen für Strom und Wärme, für Lebensmittel und an den Tankstellen müssen in der Breite der Gesellschaft und damit für Haushalte sowohl mit niedrigem wie mit Durchschnittseinkommen schnell und spürbar ankommen.

Mit Blick auf die nahe Zukunft ist die Verlängerung des erleichterten Zugangs zum KuG bis zum 31.12.2022 hilfreich. Aber in der jetzigen Lage brauchen Beschäftigte die Sicherheit, dass sie auch im Falle von betrieblichen Energieengpässen oder vorübergehenden Betriebsstilllegung aufgrund zu hoher Energiekosten nicht im Regen stehen gelassen werden. Es braucht Regelungen, dass Kurzarbeitergeld sowie wirtschaftliche Hilfen für Unternehmen auch in solchen Fällen bereitstehen.

Die Mobilitätskosten sind angesichts der gestiegenen Preise an den Tankstellen für viele Menschen ein wichtiges Thema. Eine Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket ist daher ein richtiger Schritt. Allerdings bleibt auch bei dieser Maßnahme offen, ob und wann sie umgesetzt würde. Deshalb fordern wir die Bundesländer auf, sich an den dafür benötigten Kosten zu beteiligen.

Die Anhebung der Midi-Job-Grenze auf 2.000 Euro lehnen wir ab. Die Subventionierung von geringen Löhnen führt zu Einnahmeausfällen bei den Sozialversicherungen und hält – insbesondere Frauen – in Teilzeitfallen fest.

Starke Tarifentgelte sichern Kaufkraft bei hohem Preisniveau

Die Bundesregierung will im Rahmen der Konzertierten Aktion die Befreiung von Steuer- und Sozialversicherungsabgaben von zusätzlichen Zahlungen der Unternehmen an ihre Beschäftigten in Höhe von bis zu 3.000 Euro diskutieren.

Wir wissen aus Erfahrung: Bei einer hohen Inflation helfen den Arbeitnehmer*innen nur dauerhaft hohe Tariflöhne. Wir gehen selbstbewusst in die kommenden Tarifrunden und bekräftigen unsere Forderungen nach tabellenwirksamen Entgelterhöhungen. Deutliche tarifliche Entgelterhöhung bleiben notwendig - neben den angekündigten steuer- und abgabenbefreiten zusätzlichen Zahlungen. Gegen solche zusätzliche Energiekostenzuschüsse der Arbeitgeber an Arbeitnehmer*innen ist wenig einzuwenden. Die Steuerbefreiung befürworten wir, den Verzicht auf die Sozialversicherungsbeiträge lehnen wir ab. Die Einkommen der Beschäftigten werden gleichwohl nicht nur durch die akute Inflation oder drohende Energienachzahlungen aufgeessen, sondern das Preisniveau wird beständig hoch bleiben. Eine dauerhafte Kaufkraft der Arbeitnehmer*innen und damit der breiten Bevölkerung wird nur mit guten Tariflöhnen gesichert.

Für gerechte und wirksame Hilfen braucht es gerechte Steuerpolitik

Breiten Teilen der Bevölkerung muss schnell und konkret geholfen werden. Arbeitnehmer*innen und Unternehmen brauchen Sicherheit und wirtschaftliche Hilfen, damit Arbeitsplätze erhalten werden können. Die Sicherung der Energieversorgung und Infrastruktur fordert mitten in den Pandemie Jahren erneut eine enorme Finanzkraft des Staates.

Erneut wird deutlich, dass die Schuldenbremse und eine Politik der schwarzen Null weder geeignet sind, um den großen Herausforderungen der nächsten Zeit gerecht zu werden, noch um Menschen die jetzt dringend notwendige wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu geben. Wenn, wie die Ampelkoalition in ihrem Maßnahmenpaket einleitet, „*niemand alleine gelassen wird*“, dann braucht der Staat auch die notwendigen Einnahmen, um tatsächlich schnell und gerecht helfen zu können. Solche Einnahmen wären möglich, aber die Ampelregierung schreckt vor z.B. Steuererhöhungen für Vielverdiener oder Vermögensabgaben zurück. All dies wäre dringend notwendig. Stattdessen wird sogar die vielfach geforderte Übergewinnsteuer in eine vage Steuer auf Zufallsgewinne umgewandelt – Umsetzung ungewiss.

Unsere Forderungen vertreten und in Bündnissen handeln

Wir fordern die Bundesregierung und die Fraktionen der Ampelkoalition im Bundestag auf, die angekündigten Maßnahmen im dritten Entlastungspaket im Gesetzgebungsprozess zu überprüfen und zu verbessern.

Wir rufen Arbeitnehmer*innen und NGG Regionen dazu auf, sich in diesem Sinne an den Aktionen des DGB zu beteiligen. Es gilt, sich in Bündnissen mit Sozialverbänden, Kirchen, Verbraucherorganisationen und anderen demokratischen Zusammenschlüssen für dauerhaft wirksame und ausreichende sozialstaatliche Leistungen einsetzen. Basis für jede Zusammenarbeit – auch in regionalen Bündnissen – ist dabei ein klares, uneingeschränktes Bekenntnis zu demokratischen Strukturen, zu Diversität und Vielfalt und zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine.

NGG-Hauptvorstand, 13./14. September 2022